

 **Generalversammlung**Verteilung: Allgemein
18. Juli 2006

Original: Englisch

Sechzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 12
Verhütung bewaffneter Konflikte**Fortschrittsbericht über die Verhütung bewaffneter Konflikte****Bericht des Generalsekretärs****Zusammenfassung*

Eine der wichtigsten in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Verpflichtungen ist die Konfliktprävention, und die Hauptverantwortung dafür tragen die Regierungen der einzelnen Länder. Seit meinem ersten Bericht (A/50/1) und in die Jahre der Fortschritte, die im Jahr 2001 erschienen, wurden wiederum namentlich durch die Verabschiedung der Resolutionen 55/281 und 57/337 der Generalversammlung, der Resolution 1366 (2001) des Sicherheitsrats und des Ergebnisses des Weltgipfels 2005. Dieser zweite umfassende Bericht wurde in Antwort auf die genannten Resolutionen erstellt.

In den Vereinten Nationen beginnt eine Kultur der Prävention Fuß zu fassen, und auf internationaler und nationaler Ebene werden immer neue Instrumente und Mechanismen entwickelt und somit bedeutende Fortschritte erzielt. Dennoch besteht immer noch eine nicht hinnehmbare Kluft zwischen Worten und Taten. Um herauszufinden, warum das so ist, beschäftigt sich dieser Bericht weniger mit Mandaten, sondern vertieft das Bewusstsein dafür, was wir eigentlich zu verhüten suchen und wie wir dabei vorgehen müssen. Er untersucht Möglichkeiten für Präventivmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen, betrachtet dabei die operative wie die strukturelle Prävention und führt als dritten Handlungsbereich die systemische Prävention ein, also Maßnahmen zur Bewältigung globaler Konfliktgefahren, die über einzelne Staaten hinausgehen. Außerdem untersucht der Bericht, wie wir die Normen und Institutionen stärken können, die bewaffnete Konflikte weniger durchführbar und weniger wahrscheinlich werden lassen.

* Dieser Bericht wurde nach umfassenden Konsultationen mit einer Vielzahl auf dem Gebiet der bewaffneten Konfliktverhütung tätiger Akteure erstellt.



In dem Maße, wie uns bewusst wird, wie vielschichtig wirksame Präventivmaßnahmen sind, wird uns auch deutlich, dass kein Staat und keine Organisation allein handeln kann. Wenngleich souveräne Regierungen die volle Verantwortung für die Wahrung des Friedens innerhalb ihrer Grenzen tragen, müssen sie auf die Unterstützung externer Akteure

I. Einführung

1. Dies ist mein zweiter umfassender Bericht über die Verhütung bewaffneter Konflikte; er wurde erstellt in Antwort auf die Resolutionen 55/281 und 57/337 der Generalversammlung und die Resolution 1366 (2001) des Sicherheitsrats. Mit diesem Bericht erfülle ich meine noch verbleibenden Berichtspflichten aus den genannten Resolutionen und gebe Auskunft über die Durchführung der Resolution 57/337, so auch über die mandatierte Überprüfung der Kapazität des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Prävention. Im September 2003 legte ich einen Zwischenbericht über die Verhütung bewaffneter Konflikte vor, in Erfüllung der Berichtspflichten nach den Resolutionen 55/281 und 56/512.

2. In meinem ersten umfassenden Bericht über dieses Thema (A/55/985-S/2001/574 und Corr.1) stellte ich fest, dass die Konfliktprävention eine der wichtigsten in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Verpflichtungen ist und dass die Regierungen der einzelnen Länder die Hauptverantwortung dafür tragen. Der Bericht machte deutlich, dass die nationale Souveränität durch frühzeitige Maßnahmen zur Verhütung bewaffneter Konflikte gestärkt wird, weil eine spätere unwillkommene Einmischung von außen dadurch unnötig wird. In dem Bericht wurde außerdem das System der Vereinten Nationen – von dessen Bestandteilen viele eine wichtige Rolle wahrnehmen – nachdrücklich aufgefordert, von einer Kultur des Reagierens zu einer Kultur der Prävention überzugehen.

3. Ich stelle mit Befriedigung fest, dass in der Tat eine Kultur der Prävention in den Vereinten Nationen Fuß zu fassen beginnt. Seit 2001 wurden in dieser Frage wichtige normative, politische und institutionelle Fortschritte erzielt, namentlich durch die Verabschiedung der oben genannten Resolutionen und der Resolution 1625 (2005) des Sicherheitsrats über die Steigerung der Wirksamkeit der Rolle des Sicherheitsrats bei der Konfliktprävention, insbesondere in Afrika. Im Ergebnis des Weltgipfels 2005 (Resolution 60/1) erneuerten die Mitgliedstaaten feierlich ihre Verpflichtung, "eine Kultur der Verhütung bewaffneter Konflikte zu fördern, als Mittel zur wirksamen Bewältigung der miteinander verknüpften Herausforderungen auf dem Gebiet der Sicherheit und der Entwicklung, denen die Völker in aller Welt gegenüberstehen, sowie die Fähigkeit der Vereinten Nationen zur Verhütung bewaffneter Konflikte zu stärken". Es gibt sogar einige Anzeichen, die darauf hindeuten, dass die Zahl und die Schwere bewaffneter Konflikte weltweit insgesamt eine rückläufige Tendenz aufweisen und dass dies zu großen Teilen auf stark angestiegenen internationalen Aktivismus auf dem Gebiet der Konfliktprävention, der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung zurückzuführen ist. Manche Mitgliedstaaten haben auch damit begonnen, sich mit dem unverzichtbaren Konzept nationaler Friedensinfrastrukturen zu beschäftigen und abzuklären, welche Unterstützung von außen sie dafür benötigen. Darüber hinaus hat das System der Vereinten Nationen wichtige Instrumente und Mechanismen für die Zusammenarbeit bei der Konfliktprävention entwickelt, auf die ich noch ausführlicher eingehen werde.

4. Nach wie vor besteht im Bereich der Konfliktprävention eine nicht hinnehmbare Kluft zwischen Worten und Taten. Es ist an der Zeit, durch harte Fragen herauszufinden, warum diese Kluft so schwer zu überbrücken ist. Was können wir noch dafür tun? Angesichts der enormen Folgen, die unser Scheitern als internationale Gemeinschaft, den Völkermord in Ruanda abzuwenden, für die Region nach sich zog, stellte ich 2001 fest, dass wir es den Opfern der Gewalt in diesem Land und anderswo schuldig sind, uns der Herausforderung der Prävention zu stellen. Nur zu oft wendet die internationale Gemeinschaft enorme Summen dafür auf, Brände zu löschen, die wir rückblickend leichter durch rechtzeitige Präventivmaßnahmen hätten bekämpfen können, bevor das Leben so vieler Men-

schen verloren oder auf den Kopf gestellt wurde. Während der letzten fünf Jahre haben wir über 18 Milliarden US-Dollar für Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen ausgegeben, die zum Teil deswegen notwendig wurde, weil keine ausreichenden Präventivmaßnahmen ergriffen worden waren. Wäre nur ein Bruchteil dieser Summe in die Prävention investiert worden, hätten sicherlich Menschenleben gerettet und Gelder eingespart werden können. Daher freue ich mich zwar über die echten Fortschritte, die ich im vorliegenden Bericht dokumentieren kann, bin jedoch stärker denn je davon überzeugt, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben und keine Zeit verlieren dürfen.

5. Zu diesem Zweck möchte ich in diesem Bericht den Schwerpunkt unserer Debatte verlagern und mich weniger mit Mandaten und Verantwortlichkeiten befassen, sondern vielmehr mit der Vertiefung des Bewusstseins dafür, was wir eigentlich zu verhindern suchen und wie wir dabei vorgehen müssen. Um bewaffnete Konflikte zu verhüten, müssen wir ihre Ursachen verstehen und uns darum bemühen, Gewalt zu einer weniger sinnvollen Option zu machen. Wir müssen auch darauf achten, dass Präventivmaßnahmen die grundlegenden Ungerechtigkeiten oder Motivationen, die Menschen zur Waffe greifen ließen, nicht ignorieren. Gewalt findet Anhänger, wenn es Menschen an Alternativen fehlt oder sie das Gefühl haben, nicht gehört zu werden. Wir stehen vor der doppelten Herausforderung, zum einen die Ursachen für Spannungen innerhalb der Gesellschaft zu beheben oder zu vermindern und zum anderen die Institutionen zu stärken, die die Gesellschaft in die Lage versetzen, gewaltlos mit Konflikten umzugehen und den Dialog zuzulassen.

Ich bin mir durchaus darüber im Klaren, dass solche Unterscheidungen der Realität nicht

anschaulichen eher, auf welch vielfältigen Wegen etwas für die Prävention getan werden kann.

Umweltzerstörung und der damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Folgewirkungen. Mit vielen dieser Vorhaben sind internationale Regulierungsrahmen und der Aufbau nationaler Kapazitäten verbunden.

16. Durch die Rückschritte und die Greuelthaten, zu denen es in den letzten Jahren bei verschiedenen afrikanischen Konflikten, namentlich in Sierra Leone, Liberia, Angola und der Demokratischen Republik Kongo gekommen ist, wurde die Aufmerksamkeit der Welt auf das Problem der Rohstoffe und der Kriegswirtschaft gelenkt. Es zeigte sich, dass die Plünderung von Rohstoffen wie Diamanten, Coltan und Holz eine wichtige Einkommensquelle für bewaffnete Gruppen und ein bedeutender Anreiz für die Fortsetzung bewaffneter Konflikte ist. Es wurden daraufhin verschiedene Initiativen eingeleitet, um den unerlaubten, konfliktschürenden Handel mit solchen Rohstoffen bei gleichzeitigem Schutz des legalen Handels einzudämmen. Das bekannteste Beispiel dafür ist der Kimberley-Prozess für so genannte Konfliktdiamanten, eine gemeinsame Initiative von Regierungen, der internationalen Diamantenindustrie und der Zivilgesellschaft, die von den Teilnehmern umfangreiche Nachweise dafür verlangt, dass Lieferungen von Rohdiamanten keine Konfliktdiamanten enthalten. Das Zertifikationssystem des Kimberley-Prozesses hat sich zu einem wirksamen Mechanismus für die Verhinderung des Handels mit Konfliktdiamanten entwickelt, der 99,8 Prozent der weltweiten Rohdiamantenproduktion erfasst. Ein weiteres ebenso bemerkenswertes Beispiel ist die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft, die vorsieht, dass Öl-, Gas- und Bergbaugesellschaften sich dazu verpflichten, von ihnen vorgenommene Zahlungen an Regierungen offen zu legen, während die Regierungen sich gleichzeitig bereit erklären, erhaltene Zahlungen zu veröffentlichen. Der neueste Bericht der Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Kongo (siehe S/2006/53) enthält ebenfalls nützliche Anregungen für die Einrichtung eines Systems zur Rückverfolgung von Rohstoffen, während bei Sanktionsregimen, die gezielt dem unerlaubten Handel mit natürlichen Ressourcen entgegenwirken sollen, erfolgversprechende Fortschritte zu verzeichnen sind.

17. Es reicht jedoch nicht aus, bestimmte Industriezweige oder Rohstoffe ins Visier zu nehmen. Zu meiner Genugtuung konnte ich feststellen, dass es seit meinem letzten Bericht ein umfassenderes Konzept dafür gibt, die Rolle des Handels und des internationalen Privatsektors bei der – wenn auch noch so unbeabsichtigten – Erhöhung des Risikos bewaffneter Konflikte so gering wie möglich zu halten. Eine Reihe von Initiativen im Rahmen des Globalen Pakts haben bewirkt, dass deutlicher verstanden wird, welche engen Zusammenhänge zwischen der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen und der Senkung des Konfliktrisikos bestehen. Lobend zu erwähnen ist ein Instrument für die konfliktbezogene Wirkungsbewertung und das Risikomanagement, mit dessen Hilfe Unternehmen die von ihnen ausgeübten Wirkungen bewerten und Möglichkeiten für eine positive Beeinflussung des Umfelds ermitteln können, in dem sie tätig sind. Der Sicherheitsrat hat bei der Förderung dieser Agenda eine wichtige Rolle gespielt und sogar im April 2004 Unternehmensvorstände zur Teilnahme an einer offenen Aussprache über dieses Thema eingeladen. Bislang weist der internationale Regulierungsrahmen allerdings noch große Lücken auf. Des Weiteren müssen sich die Regierungen und die internationale Gemeinschaft als Ganze nachdrücklicher und konsequenter als bisher für konfliktsensible Geschäftspraktiken einsetzen. Ferner sind erheblich mehr Investitionen erforderlich, um in verwundbaren Ländern nationale Kapazitäten für die Schaffung einer wirksamen wirtschaftlichen Lenkung aufzubauen. Solche Investitionen können nur dann erfolgreich sein, wenn sie innerhalb der betroffenen Gesellschaften von politischer und öffentlicher Unterstützung begleitet wer-

18. Es sind auch Privatunt

die Ausbreitung von HIV/Aids, Rechtlosigkeit und sogar Terrorismus, und bewirken so die weitere Aushöhlung des ohnehin anfälligen politischen Gefüges. Ich stelle mit Interesse fest, dass der im Januar 2006 verabschiedete innovative Afghanistan-Pakt die Bedrohung der nationalen, regionalen und internationalen Sicherheit durch die Suchtstoffindustrie hervorhob. Die Regierung Afghanistans und die internationale Gemeinschaft verpflichten sich darin zu verschiedenen Formen des Vorgehens gegen das Problem. Das ist ein interessantes Modell. Dennoch erscheint die drogenfreie Welt, die von der 1998 abgehaltenen Sondertagung der Generalversammlung zu diesem Thema ins Auge gefasst wurde, ebenso unerreichbar wie zuvor. Zentralasien, Zentralamerika und die Karibik sind nur einige der Regionen, denen eine weitere Destabilisierung durch dieses bedenkliche Problem droht, wenn nicht konzertierte globale, regionale und nationale Maßnahmen ergriffen werden. Ich fordere die Mitgliedstaaten auf, den Vorbereitungsprozess für die Sondertagung der Generalversammlung im Jahr 2008 dazu zu nutzen, der Schnittstelle zwischen Suchtstoffen und bewaffneten Konflikten besondere Aufmerksamkeit zu widmen und Maßnahmen zur Verringerung der damit verbundenen Risiken zu prüfen, namentlich mittels umfassender Entwicklungspläne zur Überwindung der Armut, die den Drogenanbau in konfliktgefährdeten Ländern antreibt, und mittels konzertierterer Bemühungen um die Bekämpfung der Drogensucht in den wichtigsten Einfuhrländern.

21. Auf der jüngsten Tagung auf hoher Ebene über HIV/Aids, die im Mai und Juni 2006 am Amtssitz der Vereinten Nationen stattfand, wurde mit bestürzender Klarheit deutlich, dass HIV/Aids eine globale Notsituation darstellt. Für zahlreiche gefährdete Gesellschaften ist die Pandemie inzwischen sehr viel mehr als eine Krise des öffentlichen Gesundheitswesens: sie hat sich zu einer Bedrohung des gesamten gesellschaftlichen Gefüges ausgewei-

Ressourcen fördern und gegnerische Gruppen dazu befähigen, sich auf gemeinsame Probleme zu konzentrieren. Dies gilt ganz besonders für gemeinsame Wasserressourcen.

enniums-Entwicklungsziele könnten, wenn sie denn erreicht werden, die übergreifenden Ursachen von Spannungen in konfliktanfälligen Entwicklungsländern erheblich verringern. Sie würden dazu dienen, die Welt sicherer zu machen. Außerdem beinhalten sie den wich-

30. Ein unverhältnismäßig hoher Anteil bewaffneter Konflikte ereignet sich in armen Ländern und Regionen. Solange die konfliktschürenden Faktoren fortbestehen, wird es kaum zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur Armutsminderung kommen. Aber ohne Fortschritte bei der Entwicklung und den Zielen der Armutsbekämpfung werden wir auch keinen dauerhaften Frieden schaffen. Auf Landesebene bildet daher die Aufstellung von Entwicklungsprogrammen, bei denen der Schwerpunkt auf dem Abbau struktureller, bewaffneter Konflikte schürender Risikofaktoren und auf der besseren Befähigung eines Landes zur Spannungsbewältigung liegt, das Kernstück einer wirksamen Prävention. Wie schon in meinem Bericht von 2001 fordere ich die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, sich die große Vielfalt der entsprechenden Beratenden Dienste und technischen Hilfe zunutze zu machen, die das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und andere Entwicklungsakteure der Vereinten Nationen anbieten, und ich fordere außerdem die Geberländer auf, zusätzliche Mittel bereitzustellen, damit die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen ihre Kapazität zur Bereitstellung einer solchen Hilfe erhöhen kann.

C. Operative Maßnahmen zur Behebung von Spannungsursachen

31. Schließlich bietet das sogenannte operative Ende des Präventionsspektrums eine

Vereinten Nationen und ihre Partner in den letzten zehn Jahren oder noch länger auf diesem Gebiet angesammelt haben, und sicherzustellen, dass sie raschen Zugriff auf entsprechende Fachkenntnisse und Erfahrungen haben. Die Dienste dieser Gruppe werden nicht

um so die Chancen auf eine echte Erholung zu wahren und ein erneutes Ausbrechen des Konflikts zu vermeiden. Die Verabschiedung der Resolution 1674 (2006) des Sicherheitsrats im April 2006 war der rezenteste Schritt zur Förderung dieses wichtigen Vorhabens. Auch bei der Verbesserung des Schutzes von Kindern in bewaffneten Konflikten hat es Fortschritte gegeben, insbesondere auf dem Gebiet der Überwachung und der Berichterstattung über Verletzungen der Rechte des Kindes. Ich habe auch mit Genugtuung festgestellt, dass die Regionalorganisationen sich darum bemühen, ihre Schutzrolle besser zu definieren und wahrzunehmen.

37. Zur Unterstützung der vorbeugenden Diplomatie kommt auch Sanktionen eine wichtige Rolle zu, denn sie sind ein Druckmittel, um die Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen, um Akteure dazu zu ermutigen, die von der internationalen Gemeinschaft vorgegebenen Schritte zur Bedrohungsinderung zu ergreifen oder um Akteure von der Fortsetzung von Tätigkeiten abzubringen, die als Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit angesehen werden. In Angola und Sierra Leone wurden Uneinsichtige durch gezielte Sanktionen, verbunden mit militärischem Druck, geschwächt und isoliert. Man schätzt, dass der jüngste Gewaltausbruch in Côte d'Ivoire durch den Einsatz gezielter

A. Systemische Maßnahmen zur Stärkung friedensfördernder Normen und Institutionen

40. Obwohl die Menschheit im letzten Jahrhundert zahlreiche dunkle Momente erlebte, gab es zumindest stetige Fortschritte bei der Entwicklung eines internationalen Rechtsrahmens, durch den die Möglichkeit von Kriegen beziehungsweise ihre Auswirkungen begrenzt werden sollen. In den Ziffern 9 und 10 der Anlage zu ihrer Resolution 57/337 forderte die Generalversammlung die Mitgliedstaaten auf, den internationalen Menschen-

den Tätigkeiten der Union mitzuwirken". Die Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) kennt seit 1991 eine ähnliche Bestimmung und verabschiedete 2001 die Interamerikanische Demokratische Charta, die die Verpflichtung enthält, im Falle der "verfassungswidrigen Änderung der Verfassungsordnung" eines ihrer Mitgliedstaaten tätig zu werden. Ich hoffe, dass die Vereinten Nationen die Regionalorganisationen entsprechend der Empfehlung der Hocharangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel bei der Ausarbeitung solcher Rahmenbestimmungen unterstützen und auf ihren Erfahrungen aufbauen können.

ruptionsbekämpfung und Reformen in Schlüsselsektoren wie Sicherheit und Gerichtswesen. Im Rahmen des übergreifenden Ziels, die Unterstützung der Demokratie durch die Vereinten Nationen zu vertiefen, zu erweitern und zu konkretisieren, wurde im Juli 2005 der Demokratiefonds der Vereinten Nationen eingerichtet. Er soll die Tätigkeiten stärken, die das System der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Demokratisierung, der Menschenrechte und der Partizipation bereits durchführt. Zu den Schwerpunktbereichen des Fonds gehören die Stärkung des demokratischen Dialogs und die Unterstützung für verfassungsbezogene Prozesse, die Stärkung der Zivilgesellschaft, staatsbürgerliche Bildung und Wählerregistrierung, die Stärkung politischer Parteien, der Zugang der Bürger zu Informationen, Menschenrechten und Grundfreiheiten, Rechenschaftspflicht, Transparenz und Integrität.

47. Die Mitgliedstaaten haben zwei wichtige Bewegungen ins Leben gerufen, um die Grundsätze der Demokratie zu fördern: die Bewegung der neuen oder wiederhergestellten Demokratien und die Gemeinschaft der Demokratien. Ich lege ihnen nahe, zu sondieren, wie die beiden Bewegungen einander im Hinblick auf ein Höchstmaß an Wirkung ergänzen können. Auch die Regionalorganisationen tragen erheblich dazu bei, demokratische Institutionen bei, erheblich d Hi

mor und Südafrika. In jüngerer Zeit leistete die Organisation unverzichtbare technische Hilfe bei den außerordentlich wichtigen Wahlen in Afghanistan, den besetzten palästinensischen Gebieten, Burundi, Irak, Liberia, und Sierra Leone. Zwischen 1992 und Januar 2005 leisteten die Vereinten Nationen Wahlhilfe in 95 Ländern.

50. Zwischen Menschenrechten und Konfliktprävention besteht eine Wechselbeziehung. Verletzungen der Menschenrechte sind eine der grundlegenden Konfliktursachen; sie sind aber auch eine häufige Konfliktfolge. Daher müssen unbedingt belastbare nationale Menschenrechtsinstitutionen und Schutzsysteme eingerichtet werden, um diese Rechte zu gewährleisten. Im Ergebnis des Weltgipfels 2005 wurde anerkannt, dass der Schutz und die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle eine wesentliche Voraussetzung für Frieden und Sicherheit ist. Demzufolge verpflichteten sich die Führer der Welt, das Instrumentarium der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte und das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) zu stärken, und forderten mit Nachdruck eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Amt des Hohen Kommissars und den Organen der Vereinten Nationen, einschließlich des Sicherheitsrats. Gemäß dem Ergebnisdokument des Gipfels schuf die Generalversammlung in ihrer Resolution 60/251 den Menschenrechtsrat, der die Menschenrechtskommission ersetzen und unter anderem zur Verhütung von Menschenrechtsverletzungen beitragen und in Menschenrechts-Notlagen rasch reagieren soll. Die Schaffung des Menschenrechtsrats und die Stärkung des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte durch eine Verdopplung seiner Mittel werden dazu führen, dass den Ländern, die sich um eine Verringerung ihrer Anfälligkeit gegenüber s,2)2(h15.24e)8(n)4nrechtvelGebiezung[(genbe)5(m)13(h)5(ke)8ion eiumfangere4nrectee tse R umi2(nsch Zu

tion und zu einem konstruktiven Dialog beizutragen. Ein gemeinsames Programm der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und des UNDP ist auf die Stärkung der institutionellen und individuellen Kapazitäten zur Konfliktbeilegung auf nationaler Ebene, so auch durch die Vermittlung von Kompetenzen für Verhandlungsführung und Konsensbildung, ausgerichtet. Durch das Programm werden gegenwärtig Initiativen in neun Ländern Afrikas und Lateinamerikas unterstützt. In Guyana wurde Hilfe für staatliche und substaatliche Institutionen bereitgestellt, insbesondere die Kommission für die Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen und die Kommission für den Privatsektor, um sie bei der Förderung der Aussöhnung, der Konsensbildung und der Verringerung interethnischer Spannungen zu unterstützen.

53. Manche Mitgliedstaaten haben bei der Förderung des Konzepts der nationalen Verantwortung für Konfliktprävention eine führende Rolle übernommen und setzen sich zu diesem Zweck gezielt für nationale friedensfördernde Infrastrukturen ein, zum Teil dank der Unterstützung durch das gemeinsame Programm der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und des UNDP. Ghana beispielsweise will mit Hilfe dieses Programms eine lichegs

56. Da solche Anstrengungen in der Regel unter enormem Zeitdruck unternommen wer-

59. Als Mittel, um das Umschlagen von Streitigkeiten in Gewalt zu verhindern, ist der Dialog zwischen den Staaten und Kulturen ebenso wichtig wie der Dialog auf innerstaatlicher Ebene. Die Allianz der Zivilisationen, die 2005 geschaffen wurde, um die Verständigung zwischen islamischen und westlichen Gesellschaften zu fördern, bemüht sich um die Überbrückung von Spaltungen und die Überwindung von Vorurteilen, Missverständnissen, unzutreffenden Vorstellungen und Polarisierungen, die den Frieden bedrohen können. Sie will die Zusammenarbeit bei Initiativen fördern, deren Ziel es ist, Differenzen zu bereinigen und Bedrohungen entgegenzuwirken, die aus feindseligen, gewaltträchtigen Wahrnehmungen hervorgehen. Die Vereinten Nationen und regionale Organisationen haben die Allianz aufgefordert, Wege zur Förderung einer breiteren und tieferen Achtung und Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen, Kulturen und Traditionen vorzuschlagen.

60. Den Mitgliedstaaten, die ihre zwischenstaatlichen Differenzen friedlich beilegen wollen, stehen meine eigenen Guten Dienste jederzeit zur Verfügung, und ich gehe davon aus, dass die im Sekretariat der Vereinten Nationen eingerichtete neue Kapazität zur Unterstützung von Vermittlungsbemühungen es mir und meinem Nachfolger ermöglichen wird, dem wachsenden Bedarf auf diesem Gebiet zu entsprechen. Ich ermutige die Mitgliedstaaten dazu, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen.

V. Gemeinsames Vorgehen

61. In dem Maße, wie uns bewusst wird, wie vielschichtig wirksame Präventivmaßnahmen sind, wird uns auch deutlich, dass kein Staat und keine Organisation allein handeln kann. Die Grundsätze der gemeinsamen Vulnerabilität und der gemeinsamen Verantwortung, die die Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel so treffend formuliert hat, gelten uneingeschränkt auch für die Verhütung bewaffneter Konflikte. Dies schmälert nicht die von den einzelnen Mitgliedstaaten getragene und in meinem Bericht von 2001 dargelegte Hauptverantwortung. Es ist jedoch klar, dass die Mitgliedstaaten sich an eine breite Vielfalt abgestimmter nationaler und internationaler Akteure wenden können und sollten, denen bei der Behebung von Spannungsursachen und der Stärkung der Friedensinfrastruktur die verschiedensten Rollen zukommen.

62. Die Vereinten Nationen gewähren Hilfe in vielen der Schlüsselbereiche, die in den Kapiteln II und III beschrieben und in der Anlage in größerem Detail ausgeführt werden. Sie unterstützen auch die Bildung von Aktionsbündnissen und bewirken Fortschritte bei wichtigen Normen und Tendenzen. Fragen, die die Kapazität der Vereinten Nationen betreffen, ihr Potenzial zur Verhütung bewaffneter Konflikte auszuschöpfen, werden im nächsten Kapitel behandelt.

63. Im Einklang mit Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen spielen Regionalorganisationen bei der Konfliktprävention eine zunehmend wichtige Rolle. Einige haben mit der Einrichtung von Konfliktpräventionszentren samt Frühwarnsystemen begonnen und sehr wichtige Schritte unternommen, um dem anwendbaren normativen Rahmen in ihrer Region stärkere Geltung zu verschaffen. Häufig verfügen die Regionalorganisationen auf Grund ihrer Nähe zu den Konfliktursachen über besondere Einflussmöglichkeiten und besondere Glaubwürdigkeit, was es ihnen gestattet, ihre Mitglieder zur Einhaltung bestimmter Normen, beispielsweise auf dem Gebiet der guten Regierungsführung, anzuhalten.

64. Neben den bereits erwähnten afrikanischen Initiativen hat die Afrikanische Union ei-

Mechanismus der gegenseitigen Evaluierung im Rahmen der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas beigetreten, der eingerichtet wurde, um gute Regierungs-, Wirtschafts- und Unternehmensführung und die Einhaltung der Menschenrechte zu bewerten, zu überwachen und zu fördern. Die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) hat bei der Friedenssicherung und Vermittlung in Westafrika eine entscheidend wichtige Rolle gespielt.

65. In Europa hat die Europäische Union das Programm zur Konfliktprävention verabschiedet, das eine Reihe von Handlungsrichtlinien enthält. Ferner ist die Europäische Nachbarschaftspolitik zu nennen, die über verschiedene Politikinstrumente verfügt und einen Rahmen für die Konfliktprävention in Nachbarländern der Europäischen Union bietet, insbesondere in Osteuropa, im Südkaukasus und im südlichen Mittelmeerraum, um so die Stabilität und die nachhaltige Entwicklung zu stärken. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa richtet ihre Arbeit zunehmend auf die Konfliktprävention aus, namentlich durch ihr Zentrum für Konfliktprävention und den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten.

66. Am 11. September 2001 verabschiedete die Organisation der amerikanischen Staaten die Interamerikanische Demokratische Charta, ein innovatives Instrument, das die Grundlage für die friedliche Koexistenz demokratischer Mitgliedstaaten legt. Die Charta umfasst Mechanismen, die es erlauben, schwachen oder bedrohten Demokratien zu Hilfe zu kommen und Sanktionen gegen Mitglieder zu verhängen, die grundlegende demokratische Normen verletzen. Die zentralamerikanischen Staaten haben mit dem Beschluss, dass alle verbleibenden Grenzstreitigkeiten in der Region durch den Internationalen Gerichtshof beigelegt werden sollen, ihr starkes Engagement für Rechtsstaatlichkeit und Konfliktprävention unter Beweis gestellt. Zu diesen Grenzfragen gehören langdauernde Streitigkeiten

dien alle imstande, die Agenda der Konfliktverhütung insgesamt und in konkreten Einzelsituationen voranzubringen. In manchen Fällen unternehmen die Vereinten Nationen stärkere Anstrengungen, um mit diesen Akteuren in Kontakt zu treten und ihr Potenzial zu nutzen, indem sie sie in Koalitionen für den Frieden einbinden und bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen.

70. In den letzten Jahren haben die internationalen Finanzinstitutionen bei der Aufnahme von Konfliktverhütungsstrategien in ihre Finanzierungsinitiativen, bei der Verbesserung unseres Verständnisses von Konflikten durch gezielte Forschungsarbeiten und beim Aufbau zusätzlicher institutioneller Kapazitäten gute Fortschritte erzielt. Die Weltbank zum Beispiel verfügt jetzt über eine eigens eingerichtete Kapazität für Konfliktprävention und Wiederaufbau, deren Ziel es ist, den Übergang zu dauerhaftem Frieden zu erleichtern und die sozioökonomische Entwicklung in konfliktbetroffenen Ländern zu unterstützen. Ich möchte anregen, als nächsten Schritt besser strukturierte Beziehungen zwischen dem System der Vereinten Nationen und den internationalen Finanzinstitutionen aufzubauen, um einen besser koordinierten Prozess der Politikplanung, die Schaffung größerer Synergien und eine stärkere gemeinsame Einflussnahme zu gewährleisten.

71. Führende Vertreter der Zivilgesellschaft und der Religionsgemeinschaften sind wichtige Friedenspartner, und in der informellen Diplomatie "von Mensch zu Mensch" häufig unverzichtbar. Manchmal können sie die Arbeit der Vereinten Nationen ergänzen, indem sie wertvolle Analysen aus ihrer Feldarbeit liefern, Partnerschaften zur Umsetzung von Beschlüssen der Vereinten Nationen bilden, die Nachhaltigkeit

A. Zwischenstaatliche Organe

80. Des Weiteren verabschiedete die Versammlung auf ihrer achtundfünfzigsten und neunundfünfzigsten Tagung die Resolutionen 58/43 und 59/87 über "Vertrauensbildende Maßnahmen im regionalen und subregionalen Kontext", in denen ausdrücklich auf die Resolution 57/337 verwiesen wird. Ferner legte die Versammlung in ihrem Beschluss über die Neuordnung und Neugliederung ihrer Tagesordnung in Ziffer 2 der Anlage zu ihrer Resolution 58/316 fest, dass der erste der Prioritätsbereiche, in die die Tagesordnung künftig gegliedert wird, den Titel "Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit" trägt.

81. Schließlich äußerte sich die Versammlung in den Ziffern 2 bis 6 der Anlage zu ihrer Resolution 58/126 zu den jährlichen und den themenbezogenen Sonderberichten des Sicherheitsrats und ihrer Behandlung und Prüfung durch die Versammlung, sowie zu der Notwendigkeit einer regelmäßigen Unterrichtung des Präsidenten der Generalversammlung durch den Präsidenten des Sicherheitsrats und regelmäßiger Treffen der Präsidenten der Generalversammlung, des Sicherheitsrats und des Wirtschafts- und Sozialrats, um eine bessere Abstimmung innerhalb und zwischen diesen drei Organen sicherzustellen. Der Behandlungsgegenstand wie auch die Frage der Verhütung bewaffneter Konflikte würden eindeutig und an erster Stelle von solchen Verbesserungen profitieren.

82. Obwohl der Wirtschafts- und Sozialrat die von der Hocharangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel vorgesehene normative und analytische Führungsrolle in Bezug auf die ineinandergreifenden Herausforderungen auf dem Gebiet des Friedens, der Entwicklung und der Sicherheit noch nicht systematisch ausübt, befasst er sich jetzt aktiver mit Postkonfliktländern. Durch diese Aufmerksamkeit soll die Gefahr verringert werden, dass diese fragilen Länder erneut in bewaffnete Gewalt abgleiten. Im Rahmen seiner Resolution 2002/1 über eine Ad-hoc-Beratungsgruppe für afrikanische Länder in Postkonfliktsituationen setzte der Rat auf Antrag der betreffenden Länder Ad-hoc-Beratungsgruppen für Guinea-Bissau und Burundi ein. Auf seiner Arbeitstagung 2004 führte der Rat eine Bewertung der Ad-hoc-Beratungsgruppen durch, und in seiner Resolution 2004/59 lobte er die Beratungsgruppen für ihre innovative und konstruktive Arbeit zur Unterstützung Guinea-Bissaus und Burundis und machte Vorschläge für die weitere Verbesserung ihrer Arbeit. Ich erwarte mit Interesse die Schaffung neuer derartiger Mechanismen für andere afrikanische Postkonfliktländer.

B. Der Generalsekretär und das System der Vereinten Nationen

86. Weiter oben habe ich die durch mich wahrgenommene Gute-Dienste-Funktion beschrieben und die Mitgliedstaaten aufgefordert, diese zur Verhütung bewaffneter Konflikte in Anspruch zu nehmen. Es handelt sich dabei zwar durchaus um ein zeitaufwendiges Werkzeug, das Geduld und Ausdauer erfordert und häufig vertraulich und fern des Rampenlichts eingesetzt wird, gleichzeitig aber um ein wertvolles Instrument, mit dem im Laufe der Geschichte und auch in der jüngsten Vergangenheit viele positive Ergebnisse erzielt worden sind.

87. Ich hoffe, dass mein Nachfolger nicht nur Parteien, die ihre Streitigkeiten beilegen wollen, einen solchen Weg anbieten, sondern darüber hinaus die Prävention auch auf konzeptioneller und normativer Ebene weiter voranbringen kann. Der Jahresbericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen stellt dabei eine mögliche Plattform dar, das Problem der Prävention in Zukunft eingehender zu erörtern.

88. In ihrer Resolution 57/337 forderte die Generalversammlung mich auf, eine ausführliche Überprüfung der Konfliktpräventionskapazität des Systems der Vereinten Nationen vorzunehmen. Bei der Anfang 2006 durchgeführten Überprüfung wurden die Stärken und

arbeitung dieser Bewertungen einzubinden. Ferner habe ich das System der Vereinten Na-

Kosten in Form von konfliktbedingten Verlusten an Menschenleben, Existenzgrundlagen und Vermögenswerten um einiges gesenkt werden. Ich fordere die Mitgliedstaaten eindringlich auf, zu erwägen, sich zur Bereitstellung eines Betrags, der einem bestimmten Prozentsatz des jährlichen Friedenssicherungshaushalts entspricht, für die Verhütung bewaffneter Konflikte zu verpflichten. Selbst ein Betrag in Höhe von 2 Prozent unserer jährlichen Ausgaben für die Friedenssicherung würde eine enorme Steigerung der Investitionen in die Prävention bedeuten, die sicherlich reale Dividenden abwerfen würden, was die Erhaltung des Friedens anbelangt.

97. Die genannten Defizite bei den vorhandenen Kapazitäten hindern das System der Vereinten Nationen an der vollen Ausschöpfung seines Potenzials für die Konfliktprävention. Die nachstehenden Empfehlungen sind darauf gerichtet, diese Mängel auszuräumen. Wenn es uns mit der Konfliktprävention ernst ist, müssen wir die Organisation besser dafür ausrüsten, ihr Kernmandat wahrzunehmen.

VII. Empfehlungen

Globale systemische Maßnahmen zur Behebung von Spannungsursachen und zur Stärkung friedensfördernder Normen und Institutionen

98. Ich fordere die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, umfassender gegen die hauptsächlichen Ursachen von Spannungen in konfliktgefährdeten Regionen und Ländern vorzugehen. Dies könnte unter anderem durch folgende Maßnahmen geschehen: verstärkte Bemühungen zur Regulierung des Handels mit konflikterschürenden natürlichen Ressourcen, stärkere Unterstützung von Privatsektorinitiativen betreffend konfliktsensible Unternehmenspraktiken, neuerliche Verpflichtung zur Eindämmung des unerlaubten Zustroms von Kleinwaffen und leichten Waffen und Entwicklung entsprechender praktischer Mechanismen, Suche nach einer gemeinsamen Verständigungsgrundlage, was die Verhütung des Einsatzes nuklearer, chemischer und biologischer Waffen betrifft, Bekämpfung der Ausbreitung von HIV/Aids, Bekämpfung der Umweltzerstörung, stärkere Aufmerksamkeit für den Zusammenhang zwischen Prävention und Migration, Intensivierung der Bemühungen um die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten.

99. Ich fordere die Mitgliedstaaten auf, die Resolution 57/337 der Generalversammlung zu erfüllen, indem sie den internationalen Rechtsinstrumenten auf dem Gebiet der Menschenrechte und des Humanitätsrechts sowie auf anderen für die Verhütung bewaffneter Konflikte relevanten Gebieten beitreten, sie ratifizieren und sie einhalten.

100. Ich bitte die internationale Gemeinschaft insgesamt, sich die "Präventionsverantwortung" ausdrücklicher zu eigen zu machen, namentlich indem sie friedliche Mittel sondiert und wirksam einsetzt, um Staaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zum Schutz ihrer Bevölkerung behilflich zu sein.

Landesspezifische strukturelle Maßnahmen zur Behebung von Spannungsursachen und zur Stärkung friedensfördernder Normen und Institutionen

101. Ich ermutige die einzelnen Regierungen zur Erfüllung der ihnen nach der Charta der Vereinten Nationen obliegenden Verpflichtungen, bewaffnete Konflikte zu verhüten und

beim Auftreten von Streitigkeiten oder Konflikten Lösungen mit friedlichen Mitteln anzustreben. Zu diesem Zweck sollten sie prüfen,

Gemeinsames Vorgehen

106. Ich fordere alle maßgeblichen Akteure, von der Zivilgesellschaft und den Regierungen der einzelnen Länder bis zu den Regionalorganisationen und den Bestandteilen des Systems der Vereinten Nationen, dazu auf, die Grundsätze der gemeinsamen Vulnerabilität und der gegenseitigen Verantwortung anzunehmen und danach zu handeln, damit wirksame Präventivmaßnahmen auf allen in diesem Bericht beschriebenen Ebenen ergriffen werden können.

107. Ich ermutige die neuen und die bereits bestehenden Organe der Vereinten Nationen, namentlich die Generalversammlung, den Sicherheitsrat, den Menschenrechtsrat und die Kommission für Friedenskonsolidierung, ihr Zusammenwirken mit der Zivilgesellschaft und anderen Akteuren, die bei der Konfliktverhütung eine wichtige Rolle spielen, zu vertiefen. Zu diesem Zweck fordere ich die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, innovative Wege zur Intensivierung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft zu prüfen, beispielsweise durch die Einladung an Vertreter der Zivilgesellschaft, die zuständigen Organe regelmäßig zu unterrichten.

108. Ich wiederhole meine Forderung nach einer zügigen Umsetzung des systemweiten Aktionsplans für die Durchführung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats und fordere die Mitgliedstaaten und das System der Vereinten Nationen nachdrücklich auf, stärkeres Augenmerk auf die Verhütung geschlechtsspezifischer Gewalt zu richten.

109. Ich ersuche den Menschenrechtsrat, in die Durchführung seines wichtigen neuen Mandats Empfehlungen für konkrete Maßnahmen der Konfliktprävention an die Adresse der Mitgliedstaaten, des Systems der Vereinten Nationen und anderer Akteure aufzunehmen. Desgleichen fordere ich die Kommission für Friedenskonsolidierung auf, Empfehlungen zur Verhütung des erneuten Ausbruchs von Konflikten abzugeben.

Kapazität5(g)-11BT/TT0 1 Tf4.98 0 0 4.98 123.12 .o Tm35(e)2 4(g)- Tw T[M]5(a)2(ndat)4ah-

Anhang

Überprüfung der Konfliktpräventionskapazität der Vereinten Nationen

A. Einführung

Methodik

In ihrer Resolution 57/337 ersuchte die Generalversammlung den Generalsekretär, "im Rahmen des Berichts über die Durchführung dieser Resolution eine detaillierte Analyse der Kapazitäten des Systems der Vereinten Nationen vorzulegen". Ausgehend von den 39 Schlussfolgerungen und Empfehlungen in der Anlage zu der genannten Resolution wurden sechs Kategorien von Kerntätigkeiten auf dem Gebiet der Prävention ermittelt:

- a) Frühwarnung, Information und Analyse;
- b) Gute Dienste und Vermittlung;
- c) Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention;
- d) Abrüstung und Rüstungskontrolle;
- e) Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung;
- f) Menschenrechte, humanitäres Recht und internationale Rechtspflege.

Die Konfliktpräventionskapazitäten des Systems der Vereinten Nationen in diesen Kategorien wurden anhand von Schlüsselindikatoren ermittelt, darunter operative Kapazität, strategische Führung, Koordinierung, Wissensmanagement, normativer Rahmen und Ressourcen. Die Daten stammen aus der Sekundärforschung sowie aus Selbstbewertungen von Partnern des Systems der Vereinten Nationen, Interviews, Auswertungen der Antworten auf den systemweiten Fragebogen zur Friedenskonsolidierung und anderen einschlägigen Studien und Quellen.

Die Analyse der Daten ermöglichte eine Bewertung der Stärken und Schwächen des gegenwärtigen Systems und zeigte Defizite auf. Der Hauptteil des Berichts enthält auch Empfehlungen dazu, wie die Konfliktpräventionskapazitäten des Systems der Vereinten Nationen gestärkt werden können.

Ergebnisse

Die Hauptergebnisse der Kapazitätsüberprüfung sind in der nachstehenden Übersicht zusammengefasst, unter den Titeln "Überprüfung der Konfliktpräventionskapazitäten des Systems der Vereinten Nationen: die wichtigsten Ergebnisse" und "Kerntätigkeiten des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Prävention".

B. Überprüfung der Konfliktpräventionskapazität des Systems der Vereinten Nationen: die wichtigsten Ergebnisse

	<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
Operative Kapazität	<p>Es gibt internetgestützte Informationsnetze für verschiedene Sektoren sowie halbformelle Abmachungen für verschiedene Akteure mit unterschiedlichen analytischen Kapazitäten.</p> <p>Ein systemweiter Mechanismus für Frühwarnung und Informationsanalyse in Bezug auf Konfliktprävention besteht nicht.</p>	<p>Zu der Kapazität gehören die Guten Dienste des Generalsekretärs, eine kleine im Aufbau befindliche Vermittlungskapazität in der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten sowie sektorale Meinungsbildung/Vermittlungsarbeit zu spezifischen Präventionsfragen.</p>	<p>Verfügbarkeit von Politikberatung, technischer Hilfe, Aufbau von Kapazitäten und Programmen für Regierungsführung, Wahlhilfe, Institutionenbildung, Reformen des öffentlichen Sektors, des Gerichts-, Rechts- und Sicherheitssektors, Gerechtigkeit und Herrschaft des Rechts.</p> <p>Sensibilisierung und Kapazitätsaufbau für eine Kultur des Friedens/der Prävention.</p>	<p>Verfügbarkeit von technischer und fachlicher Hilfe zur Un-</p>		

*Frühwarnung, Information
und Analyse*

*Gute Dienste und
Vermittlung*

*Demokratie, gute Regie-
rungsführung und Kultur
der Prävention*

*Abrüstung und Rüstungs-
kontrolle*

*Ausgewogene sozioökono-
mische Entwicklung*

*Menschenrechte, humanitä-
res Recht, internationale
Rechtspflege*

<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
---	-------------------------------------	---	--	---	---

Feuerwaffen zu verbessern und die Fähigkeiten zur Rechtsdurchsetzung zu stärken (Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden, Abrüstung und Entwicklung in Lateinamerika und der Karibik).

den Vorsitz in der Lenkungsgruppe für Abrüstung und Entwicklung.
Normsetzung/Internationale Überwachung: Gewährt technische und fachliche Hilfe für verschiedene zwischenstaatliche Abrüstungsorgane

	<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
				<p><i>Reformen des Sicherheitssektors/Rechtsdurchsetzung:</i> Unternimmt Meinungsbildung, Forschung, technische Hilfe, Unterstützung der Projektdurchführung, Kapazitätsausbau und Schulung mit dem Ziel, die Rechtsvorschriften für Feuerwaffen und die Wissensmanagementkapazitäten zu verbessern.</p> <p>Stellt den Sachverständigengruppen, die die Herstellung von und den Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen untersuchen, technische und fachliche Hilfe zur Verfügung.</p> <p><i>Sensibilisierung:</i> Führt Forschungsarbeiten durch, organisiert in Zusammenarbeit mit UNIDIR, Hochschulen und nichtstaatlichen Organisationen Symposien, Seminare und Rundtischgespräche über Abrüstungs- und Nichtverbreitungsfragen.</p>		
Hauptabteilung Politische Angelegenheiten (DPA)	Die Informationssammlung erfolgt durch Forschungsarbeiten, Nachrichtenbeobachtung, Verbindungen zu Feldpräsenzen der Vereinten Nationen, Informationsaus-	Koordinierungsstelle des Systems der Vereinten Nationen für Konfliktprävention und Vermittlung.	Koordinierungsstelle des Systems der Vereinten Nationen für <i>Wahlhilfe</i> und <i>Friedenskonsolidierung nach Konflikten</i> .			<i>Menschenrechte:</i> Unterstützt die Tätigkeiten des OHCHR zur Verhütung von Menschenrechtsverletzungen, setzt sich für internationale Menschenrechtsnormen und -über-

*Frühwarnung, Information
und Analyse*

*Gute Dienste und
Vermittlung*

<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
		<p>um Konflikte zu verhüten und beizulegen oder in Staaten, die einen Bürgerkrieg hinter sich haben, dauerhaften Frieden herbeizuführen. Betreibt Kapazitätsaufbau, um Frauen auf lokaler Ebene zur Mitwirkung an nationalen Maßnahmen für Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung zu ermutigen und diese Mitwirkung zu erleichtern.</p>			

Hauptabteilung

Friedenssicherungs-

einsätze (DPKO) 8(g)s-8(-) T/Tb/MCID 6 BDC BT/TTe

	<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
			<p>ihren Reform-, Wieder- aufbau- und Umstrukturi- erungsmaßnahmen. Übernimmt Strafverfol- gungsaufgaben im Rah- men von Exekutivmanda- ten.</p> <p><i>Justiz- und Rechtsreform:</i> Unterstützt Friedenssi- cherungseinsätze in Fra- gen der Justiz- und Rechtsreform, erarbeitet Ausbildungsprogramme für Strafrecht, Straf- rechtsverfahren, Rechts- berufe, Ethik usw. und führt sie durch. Über- nimmt im Rahmen von Exekutivmandaten ge- richtliche Funktionen und die Aufgaben anderer rechtsstaatlicher Institu- tionen.</p> <p><i>Institutionenbildung:</i> Un- terstützt die Einrichtung vorläufiger Institutionen.</p> <p><i>Kultur der Prävention:</i> Unterstützt Aussöh- nungsprogramme und vertrauensbildende Maß- nahmen, die Gemeinwe- sen in Postkonfliktgesell- schaften wirtschaftliche und soziale Chancen und Freizeitmöglichkeiten bieten und ein Wieder- aufflammen der Gewalt verhindern.</p>			
Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)	Die Rehabilitationsabtei- lung der FAO koordiniert landwirtschaftliche Not- fall- bzw. Normalisie-		<i>Institutionenbildung:</i> Un- terstützt die Schaffung integrativer Institutionen und rechtlicher Rahmen-		Hilft bei der Ausarbei- tung nationaler Politiken und Strategien zur Schaf- fung eines förderlichen	

<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
<p>rungsmaßnahmen , die in Konfliktsituationen erforderlich werden. Sie stützt sich für die Sammlung und Analyse von Daten auf mehrere Mechanismen:</p> <p>Das <i>Weltweite Informations- und Frühwarnsystem</i> veröffentlicht kurze Berichte über die Nahrungsmittelversorgung und die landwirtschaftliche Situation in gefährdeten Ländern oder Regionen und warnt die internationale Gemeinschaft. Häufig beruhen diese Daten auf Kurzevaluierungsmissionen oder auf Missionen zur Bewertung des Anbaus von und der Versorgung mit Nahrungsmitteln.</p> <p>Das <i>Informations- und Kartierungssystem für Ernährungsunsicherheit und Gefährdung</i> dokumentiert neu entstehende Krisen weltweit.</p> <p><i>Mitglied des Humanitären Frühwarndienstes (HEWSweb).</i></p>		<p>bestimmungen. Führt Forschungsarbeiten, Bedarfsermittlung, Programmierung, technische Hilfe, Kapazitätsaufbau und Schulung durch.</p>		<p>Umfelds für Ernährungssicherheit und landwirtschaftliche Entwicklung, unterstützt den Kapazitätsaufbau und die Weitergabe von bewährten Praktiken sowie von Instrumenten für integrative Politiken und rechtliche Rahmenbestimmungen betreffend Pacht- und Nutzungsregelungen, Zugang zu Grund und Boden, dauerhafte Sicherung des Lebensunter-i</p>	

<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
<p>den Partnern im Ständigen interinstitutionellen Ausschuss produziert sie analytische Frühwarnberichte und Warnungen in Reaktion auf sich rasch verschlechternde Situationen. Sie setzt Frühwarnanalysen in konkrete Maßnahmen um, die Krisen und Katastrophen verhindern, Vorbereitungen für sie treffen und ihre Folgen begrenzen sollen (eine Kontrollliste legt die in verschiedenen Krisenstadien zu ergreifenden Maßnahmen fest).</p> <p><i>ReliefWeb</i> (www.reliefweb.int), das führende Internet-Portal für Informationen über humanitäre Notfälle und Katastrophen, stellt humanitäre Informationen über Länder bereit, die Anlass zur Besorgnis geben.</p> <p><i>Mitglied des HEWSweb.</i></p>	<p>gen des Schutzes von Zivilpersonen.</p> <p><i>Berät über den Nothilfekoordinator die humanitären Koordinatoren regelmäßig über die Kontaktpflege zu bewaffneten Gruppen</i> und über Maßnahmen zur Bekämpfung der Straflosigkeit und zum Abbau von Sicherheitsbedrohungen.</p> <p>Erstellte in Zusammenarbeit mit den Partnern des Ständigen interinstitutionellen Ausschusses ein <i>Handbuch und Leitlinien für Vermittlungen und Verhandlungen mit bewaffneten Gruppen über den Zugang für humanitäre Organisationen.</i></p>	<p>Erstellte mit Hilfe des <i>Internet-Forums für Krisenprävention</i> Fallstudien, die zeigen, wo humanitäre Maßnahmen eine präventive Wirkung ausübten.</p>			<p>Recht der Menschenrechte und humanitäre Völkerrecht ergänzt.</p>

	<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
						<p>zur Ausarbeitung von Leitlinien, Verhaltenskodexen, ständigen Dienstweisungen im Einklang mit internationalen Menschenrechtsnormen, führt Schulungen durch.</p> <p><i>Unrechtsaufarbeitung in der Übergangszeit:</i> Bietet technische Hilfe und Beratungsdienste für Feldpräsenzen und nationale Behörden in folgenden Bereichen an: Mechanismen für Unrechtsaufarbeitung in der Übergangszeit, Entwicklung rechtsstaatlicher Instrumente, Aufbau institutioneller Kapazitäten, Überprüfung und Überwachung von Rechtssystemen.</p>

**Gemeinsames
Programm der
Vereinten Nationen
für HIV/AIDS
(UNAIDS)**

Fördert weltweite Antwortmaßnahmen auf HIV/Aids durch Meinungsbildung, strategische Informationen und technische Unterstützung, Beobachtung, Überwachung und Bewertung, Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Mobilisierung von Ressourcen (Partner: UNHCR, UNICEF, WEP, UNDP, UNFPA, UNODC, IAO, UNESCO, WHO, Weltbank).

	<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>	
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)	<p><i>Elektronisches Netz für Krisenprävention und -nachsorge</i> (Mechanismus für den Austausch von Wissen, Erfahrungen und Ressourcen zwischen Organisationen und externen Partnern), Wissensmanagement-Instrumente des Büro für Krisenprävention und -nachsorge, Missionsberichte und büroweite Unterrichtungen.</p> <p><i>Mitglied von HEWSweb.</i></p>		<p><i>Gemeinsames UNDP/DPA-Programm für den Aufbau nationaler Konfliktpräventionskapazitäten</i> (siehe oben).</p> <p>Setzt zusammen mit DPA "Friedens- und Entwicklungsberater" ein (siehe oben).</p> <p><i>Institutionenbildung:</i> Stellt technische Unterstützung, Beratungsdienste und Kapazitätsaufbau für institutionelle Reformen und Reformen des öffentlichen Dienstes, für den Ausbau parlamentarischer Systeme, verstärkte Partizipation der Öffentlichkeit sowie Hilfe für Verwaltungs-, Finanz- und Aufsichtsgremien zur Verfügung.</p> <p>Führt Strategien für den <i>Aufbau nationaler Kapazitäten für Konfliktprävention</i> und Programmentwicklung durch (zusammen mit DESA, DPA und OHCHR)</p> <p><i>Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit:</i> Unterstützt Initiativen zur Verbesserung der Kapazität des Justizwesens und des Zugangs dazu, stärkt vorhandene Mechanismen für Konfliktlösung und Rechenschaftspflicht und nationale Kapazitäten für grundlegende Sicherheit, gute Regierungsführung und</p>	<p><i>Kapazitätsaufbau:</i> Stellt Bedarfsermittlung, technische und finanzielle Hilfe für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, institutionellen und gemeinwesenbezogenen Kapazitätsaufbau, Unterstützung für Wiedereingliederung und gemeinwesenbezogene Programme zur Verminderung bewaffneter Gewalt zur Verfügung, unterstützt die Einsammlung und Vernichtung von Waffen.</p> <p><i>Institutionenbildung:</i> Gewährt Hilfe bei der Ausarbeitung von Gesetzen, von Regulierungssystemen und von Maßnahmen zur Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen, bei der Kartierung und bei Kampagnen für Waffenkontrolle.</p>	<p><i>Wirtschaftliche und soziale Entwicklung:</i> Sensibilisiert die politischen Akteure für die Entwicklungsagenda, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, der Armutsbekämpfung, HIV/Aids usw.</p> <p><i>Kapazitätsaufbau:</i> Unterstützt gebietsbezogene Entwicklungsprogramme, Schaffung von Arbeitsplätzen, gemeinwesenstesteuerte Entwicklung, Rehabilitation und Bereitstellung sozialer Grunddienste, setzt sich : Sm-</p>		

	<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
			<p>Rechtsstaatlichkeit beziehungsweise baut neue auf. Technische Hilfe, Projektgestaltung, Finanz- und Durchführungshilfen, Kapazitätsaufbau, Schulung.</p> <p><i>Kultur der Prävention:</i> Unterstützt Ausbildung und Kapazitätsaufbau auf dem Gebiet der Konfliktbeilegung, der Menschenrechte und der Vermittlung staatsbürgerlicher Werte. Unterstützt den Kapazitätsaufbau bei den Medien, um partizipatorische Lenkungsprozesse und eine Kultur der Prävention zu fördern.</p>			

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

Die *Abteilung Frühwarnung und Bewertung* überwacht Fragen im Zusammenhang mit der Zerstörung und Bedrohung der Umwelt.

UNEP ist Partner verschiedener *Umweltinformationsnetze (ENRIN, GEO, GRID, Infoterra und AEIN)*, die sich jeweils mit bestimmten Aspekten von Umweltdaten und -informationen befassen, von der Erhebung und Verarbeitung der Daten bis zu ihrer Bereitstellung, ihrem Austausch und ihrer Verbreitung.

Institutionenbildung:

	<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)	Ein intranetgestütztes System für Frühwarnung und rasches Handeln					

	<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
				Maßnahmen sowie Kleinwaffen. Unter- nimmt Forschungsarbeiten, unterstützt die Netz- werkarbeit, hilft bei der Politikformulierung in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, dem Sys- tem der Vereinten Na- tionen, den nichtstaat- lichen Organisationen, den Hochschulen und der Zivilgesellschaft.		
Entwicklungsfonds der Vereinten Natio- nen für die Frau (UNIFEM)	Mitarbeiter der Regional- büros stellen informell Informationen über wich- tige Entwicklungen be- reit. Pilotprojekte für Frühwarnung werden derzeit ausgearbeitet.	<i>Kompetenzbildung:</i> Stellt Kapazitätsaufbau und Schulung für Frauen in Konfliktvermittlung und Verhandlungsführung zur Verfügung, bietet Schu- lung der Zivilgesellschaft zur Sensibilisierung für grundlegende Verfas- sungs- und Rechtsfragen an.	<i>Durchgängige Berück- sichtigung der Ge- schlechterperspektive:</i> Setzt sich für die Rechte der Frau in Verfassungs- prozessen, Rechtsrefor- men und politischen Ent- scheidungen ein, unter- stützt Regionalorganisa- tionen bei der Ingangset- zung von Politik- und Planungsprozessen. Führt Programme für Ge- schlechtergerechtigkeit durch, gewährt techni- sche Hilfe, Politikbera- tung und finanzielle Un- terstützung und führt Ka- pazitätsaufbau und Schu- lungen durch.	Gewährleistet mit beson- derem Schwerpunkt auf Frauen Ausbildung für Waffeneinsammlungs- strategien, Kapazitäts- aufbau-seminare für füh- rende Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft, Kontakte mit Medien, den Informationsaus- tausch und die Schaffung von Netzwerken, unter- stützt den Aufbau von Fachwissen über ge- schlechtsspezifische Fra- gen im Zusammenhang mit Entwaffnung, Demo- bilisierung und Wieder- eingliederung, unterstützt Forschung und Politik- entwicklung.		
Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (UNITAR)		<i>Kompetenzbildung:</i> Führt Forschung und Ausbil- dung für Konfliktanalyse, Verhandlung und Ver- mittlung in Konflikten	<i>Institutionenbildung:</i> Un- terstützt Regierungsbe- amte, öffentliche Bedien- stete und Wissenschaftler beim Erwerb von Kom-			

<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
	<p>durch, bietet Programme für Friedensschaffung und vorbeugende Diplomatie an.</p> <p>Führt Programme für die Unterrichtung und Befragung von Sonderbeauftragten, persönlichen Beauftragten und Gesandten des Generalsekretärs durch (Austausch von Erfahrungen, Schaffung eines institutionellen Gedächtnisses).</p>	<p>petenzen. Führt Schulungsmaßnahmen für die Ausarbeitung öffentlicher Politik, strategische Planung, Ethik im öffentlichen Dienst, Team- und Koalitionsbildung, Rechnungslegung und Haushaltsführung durch.</p>			

hr

<i>Frühwarnung, Information und Analyse</i>	<i>Gute Dienste und Vermittlung</i>	<i>Demokratie, gute Regierungsführung und Kultur der Prävention</i>	<i>Abrüstung und Rüstungskontrolle</i>	<i>Ausgewogene sozioökonomische Entwicklung</i>	<i>Menschenrechte, humanitäres Recht, internationale Rechtspflege</i>
die einen Konflikt beeinflussen , sowie eine Risikoermittlung anhand von neun Indikatoren.		sivität, die Transparenz und die Rechenschaftspflicht des Managements der öffentlichen Finanzen zu verbessern.	vertriebener Bevölkerungsgruppen zur Verfügung.	aufbaus, die Neubelebung örtlicher Gemeinwesen und die Wiederherstellung des Sozialkapitals zur Verfügung. Unterstützt die Programmierung von Initiativen auf dem Gebiet der mensc-7 0.48 80.22 ref59.76 1674gun	

*Frühwarnung, Information
und Analyse*

*Gute Dienste und
Vermittlung*

*Demokratie, gute Regie-
rungsführung und Kultur
der Prävention*

*Abrüstung und Rüstungs-
kontrolle*

*Ausgewogene sozioökono-
mische Entwicklung*

*Menschenrechte, humanitä-
res Recht, internationale
Rechtspflege*